

METHODEN – VERFAHREN – ENTWICKLUNGEN

Nachrichten aus dem Statistischen Bundesamt

Ausgabe 1/2015

Das Stichwort

Zufriedenheitsbefragungen auf der Grundlage eines Lebenslagen-Modells 3

Methoden der Bundesstatistik – Weiterentwicklung

„Nutzbarmachung von TREMOD für die Luftemissionsberichterstattung der UGR“ 5

Einführung des Merkmals „Auftragsbestand“ im Monatsbericht im
Verarbeitenden Gewerbe 6

MUSE – ein neuer Baustein der elektronischen Todesursachenstatistik..... 8

Anteilige Modellrechnung zur Darstellung der integrierten Schulden der
Gemeinden und Gemeindeverbände 10

Veranstaltungen

Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen haben Projekt zur Rohstoffnutzung
erfolgreich abgeschlossen..... 13

8. Nutzerkonferenz „Forschen mit dem Mikrozensus“ – Analysen zur Sozialstruktur
und zum sozialen Wandel..... 14

Human Resources – Qualitätsaspekte der Ausbildung in der empirischen Forschung..... 14

Der Mikrozensus als Datenquelle für die empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung:
Einführung in die Arbeitsmarktanalyse und das Arbeiten mit den Daten,
24. – 25. September 2015 15

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Fachliche Informationen
zu dieser Veröffentlichung:

Gruppe B 2,
Tel.: +49 (0) 611 / 75 20 77
Fax: +49 (0) 611 / 75 39 50
institut@destatis.de

Allgemeine Informationen
zum Datenangebot:

Informationsservice,
Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05
Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30
<https://www.destatis.de/.../kontakt>

Veröffentlichungskalender
der Pressestelle:

<http://www.destatis.de/.../Terminvorschau>

Erscheinungsfolge: (in der Regel) halbjährlich

Erschienen im Juni 2015

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2015

Vervielfältigungen und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Das Stichwort

Zufriedenheitsbefragungen auf der Grundlage eines Lebenslagen-Modells

Kernelement des Regierungsprogramms „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ ist die Messung der Bürokratiekosten der Wirtschaft durch Informationspflichten nach der Methodik des Standardkosten-Modells (SKM) und deren Erweiterung hin zur Ermittlung des gesamten Erfüllungsaufwands, der aus Regelungsvorhaben des Bundes entsteht.

Trotz der nachweisbaren Erfolge der Bundesregierung bei der Umsetzung von Bürokratieentlastungen wird in der Öffentlichkeit oftmals darauf hingewiesen, dass die Maßnahmen zum Abbau von Bürokratiekosten von den betroffenen Akteuren nicht spürbar wahrgenommen werden. Auf die Kritik der fehlenden Spürbarkeit der Abbaubemühungen hat die Bundesregierung in ihrem Arbeitsprogramm „Bessere Rechtsetzung 2014“ reagiert und das Statistische Bundesamt mit einer Befragung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen zur Zufriedenheit mit behördlichen Dienstleistungen auf der Grundlage eines Lebenslagen-Modells beauftragt.

Auswahl von Lebenslagen

Unter einer Lebenslage wird ein besonderes Ereignis verstanden, das weitere Folgen nach sich zieht und eine Interaktion der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen mit der Verwaltung auslöst. In einem ersten Schritt wurden die Lebenslagen der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen ausgewählt, die in die Untersuchung einfließen. Dazu entwickelte das Statistische Bundesamt zunächst einen Vorschlag potenziell einzubeziehender Lebenslagen, der bei den Bürgerinnen und Bürgern 36 Lebenslagen und bei den Unternehmen 22 Lebenslagen umfasste.

Aus dieser Vorschlagsliste wurden dann mittels einer Online-Vorbefragung von 1 000 Personen zur Lebenslageninzidenz und zur allgemeinen Verwaltungszufriedenheit 20 Lebenslagen der Bürgerinnen und Bürger für die Zufriedenheitsbefragung ausgewählt. In die Unternehmensbefragung werden 10 Lebenslagen einbezogen, welche über eine Konsultation von Verbänden und Gewerkschaften auf der Grundlage der Vorschlagsliste ausgewählt wurden. Die folgende Tabelle zeigt die ausgewählten Lebenslagen:

Bürgerinnen und Bürger		Unternehmen
Arbeitslosigkeit	Aufnahme eines Zweitjobs	Gründung eines Unternehmens
Tod einer nahestehenden Person	Altersarmut Eintritt in Ruhestand	Einstellung von Beschäftigten
Finanzielle Probleme	Immobilienwerb	Geschäftsaufgabe/-übergabe Finanzen / Steuern
Längerfristige Krankheit	Staatliche Hilfe bei Kinderbetreuung	Teilnahme an Ausschreibungsverfahren
Pflegebedürftigkeit	Heirat / Lebenspartnerschaft	Bau einer Betriebsstätte
Behinderung	Ehrenamtliche Tätigkeit im Verein	Forschung und Entwicklung
Berufliche Bildung	Scheidung / Auflösung Lebenspartnerschaft	Aus- und Weiterbildung
Umzug		Arbeitssicherheit und Gesundheit
Fahrzeug führen	Geburt eines Kindes	
Berufsstart	Gesundheitliche Willensbekundung	Import und Export

Beschreibung von Reisen durch die Behördenlandschaft

Untersuchungsgegenstand sind die Behörden, mit denen die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen innerhalb ihrer Lebenslage in Kontakt stehen. Daher muss vor einer Befragung definiert werden, welche Behördenkontakte für eine Lebenslage relevant („typisch“) sind. Für die ausgewählten Lebenslagen entwickelte das Statistische Bundesamt einen inhaltlichen Vorschlag für die relevanten Behördenkontakte und diskutierte diesen mit Betroffenen sowie Expertinnen und Experten. Im Ergebnis liegt für jede Lebenslage eine „Reise durch die Behördenlandschaft“ vor, die einen Eindruck dessen vermittelt, was wann und mit wem innerhalb einer Lebenslage zu veranlassen ist. Diese werden unter www.amtlich-einfach.de im Internet veröffentlicht.

Befragung zu Zufriedenheit, Servicequalität und Vertrauen

Der statistische Wert für die Zufriedenheit mit bzw. das Vertrauen in eine Behörde ergibt sich aus dem Zusammenspiel von 16 unterschiedlichen Kennzahlen, die einzeln bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen abgefragt werden. Die in der nachfolgenden Übersicht aufgeführten 16 Kennzahlen teilen sich in drei Kategorien auf: Zufriedenheit mit der Verwaltung (Position 1 bis 12), Vertrauen in die Verwaltung (Position 13 bis 15) und die Verständlichkeit der Rechtsgrundlagen (Position 16).

Kennzahlen der Zufriedenheit

1. Identifikation der Verfahrensschritte	9. Informationen über den weiteren Ablauf
2. Zugang zu den notwendigen Informationen	10. Hilfsbereitschaft
3. Verständlichkeit und Vollständigkeit der Informationen	11. Fachkompetenz
4. Möglichkeit von E-Government	12. Gesamte Verfahrensdauer
5. Zugang zur richtigen Stelle	13. Integrität
6. Wartezeit	14. Neutralität
7. Öffnungszeiten	15. Vertrauen in Behörde
8. Räumliche Erreichbarkeit	16. Verständlichkeit des Rechts

Im Zeitraum Januar bis März 2015 wurden 5 666 Bürgerinnen und Bürger repräsentativ ausgewählt und zu ihren Erfahrungen mit Behördenkontakten in 7 250 individuellen Lebenslagen befragt. Auf Seiten der Wirtschaft werden noch bis Ende Juni rund 1900 Lebenslageninterviews mit zufällig ausgewählten Unternehmen geführt. Um die Befragungsdauer zu begrenzen, wird je Lebenslage maximal die Zufriedenheit mit drei „typischen“ Behördenkontakten detailliert anhand der 16 Kennzahlen befragt. Zudem wird den Befragten eine „Alles-in-allem“-Zufriedenheitsfrage zu maximal fünf weiteren Behörden gestellt.

Ausblick

Auf der Bundespressekonferenz am 23. April 2015 wurden bereits erste, vorläufige Ergebnisse vorgestellt. Im Sommer 2015 werden auf der Internetpräsenz www.amtlich-einfach.de detaillierte Resultate der Zufriedenheitsbefragungen öffentlich zugänglich gemacht. Aus der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen werden dann Stärken und Schwächen von Behörden herausgearbeitet, bei denen sich eine genaue Ursachenanalyse lohnt.

Bernd Schmidt, Tel.: +49-(0)611 / 75 26 32, E-Mail: bernd.schmidt@destatis.de

Daniel Kühnhenrich, Tel.: +49-(0)611 / 75 46 72, E-Mail: daniel.kuehnhenrich@destatis.de

Christian Zipse, Tel.: +49-(0)611 / 75 32 90, E-Mail: christian.zipse@destatis.de

Carsten Hornbach, Tel.: +49-(0)611 / 75 47 64, E-Mail: carsten.hornbach@destatis.de

Methoden der Bundesstatistik – Weiterentwicklung

„Nutzbarmachung von TREMOD für die Luftemissionsberichterstattung der UGR“

Einleitung:

Die Luftemissionsberichterstattung der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR), die im Jahre 1996 bei der jährlichen UGR-Presskonferenz noch mit einer schmalen CO₂-Tabelle nach Wirtschaftsbereichen startete und seit 2003 im „UGR-Tabellenband“ (umfassender) veröffentlicht wird, hat seit 2011 rechtlich verpflichtenden Charakter. Die EU Verordnung 691/2011 des EU Parlamentes und des Rates vom 6. Juli 2011 verpflichtet die Mitgliedsstaaten zur Lieferung von umfassenden und detaillierten nationalen Emissionstabellen jeweils spätestens 21 Monate nach dem Bezugsjahr¹ für das aktuellste sowie die drei davorliegenden Jahre. Dabei gilt es für 14 Luftschadstoffe (ab Berichtsjahr 2015 für 15) jeweils nach verursachenden Wirtschaftsbereichen in der C*64 Gliederung der Wirtschaftszweigklassifikation NACE zu berichten.

Ein zentrales Merkmal der neuen EU Luftemissionsberichterstattung ist die in den Fragebogen integrierte Referenz zu den traditionellen Luftemissionsberichterstattungssystemen (Kyoto-Reporting und CLRTAP). Während die UGR-Luftemissionsberichterstattung, analog der VGR, dem Inländerkonzept verpflichtet ist, sind die traditionellen Systeme territorial orientiert. Um die Vergleichbarkeit der Konzepte zu gewährleisten, verlangt der Fragebogen eine Bezifferung sogenannter Brückenterme. Mit Hilfe dieser Brückenterme werden vornehmlich die Emissionen der verschiedenen Verkehrsträger, die als „Inländeremissionen im Ausland“ den Inländeremissionen und als „Ausländeremissionen im Inland“ den Territorialemissionen zugerechnet. Den Verkehrsemissionen gilt in der UGR-Berichterstattung besondere Aufmerksamkeit. Von daher war es sehr hilfreich, dass das IFEU Institut Heidelberg, welches für das Umweltbundesamt ein Berechnungsmodell für Transportemissionen (**TREMOD** – **TR**ansport **E**mission **M**ODEl) aufgebaut hat, dazu gewonnen werden konnte, ein ergänzendes TREMOD-Modul für die UGR zu entwickeln.

TREMOD-Modul für die UGR

Im TREMOD Modell werden, jährlich aktualisiert, „Energieverbrauch und Schadstoffemissionen des motorisierten Verkehrs in Deutschland“² berechnet. Das Umweltbundesamt verwendet diese Zahlen für seine Emissionsberichterstattung. Für die UGR Luftemissionsberichterstattung ist der von der Komplexität, dem Umfang und auch der Bedeutung her wichtigste Sektor, der Straßenverkehr, direkt nutzbar. Die übrigen Verkehrsbereiche werden zwar auch durch TREMOD abgedeckt, können aber nicht für die Berichterstattung nach dem Inländerkonzept genutzt werden³. Als Referenz sind diese TREMOD Werte aber bedeutsam.

Das TREMOD-Modell zum Straßenverkehr enthält in Form einer -Datenbank jeweils Bestands-, Energie- und Emissionsdaten für die Gesamtheit der in Deutschland registrierten Kraftfahrzeuge zum Stichtag 1. Januar. Dabei werden die Bestands- und Emissionsdaten nach bis zu sieben Merkmalen aufgegliedert. Es handelt sich dabei um die folgenden Merkmale: Basiskraftfahrzeugtypen (15), Fahrzeugemissionsklassen (ca. 300), Hubraumklassen (12), Straßentypen (3), Schadstoffarten (ca. 70), Größenklassensegmente (ca. 500) sowie Wirtschaftszweige bzw. Berufe (5). Um die für UGR Luftemissionsbilanzierung erforderliche Aufteilung der Kraftfahrzeuge sowie ihrer Verbrauchs- und Emissionswerte auf die

¹ Das erste Bezugsjahr war das Jahr des Inkrafttretens der Verordnung – also 2011 – und das erste Berichtsjahr 2013 (Lieferung spätestens Ende September des Berichtsjahrs).

² IFEU Institut Heidelberg 2014 im Auftrag des Umweltbundesamtes: „Aktualisierung „Daten- und Rechenmodell: Energieverbrauch und Schadstoffemissionen des motorisierten Verkehrs in Deutschland 1960-2030“ (TREMOD) für die Emissionsberichterstattung 2015 (Berichtsperiode 1990-2013)

³ Dies ist auch nicht nötig, da das Statistische Bundesamt über energiewirtschaftliche und emissionstechnische Daten zu diesen Verkehrsbereichen (Schifffahrt, Flugverkehr und Rohrleitungen) verfügt.

Wirtschaftszweige¹ vornehmen zu können, wurden bis zum Berichtsjahr 2013 seitens der UGR jährlich eigens Bestandsdaten des Kraftfahrtbundesamtes, gegliedert nach 23 Wirtschaftszweigen entsprechend NACE, erworben und in einer aufwändigen Prozedur mit den TREMOD-Daten verschnitten. Diese notwendige Integration der beiden umfangreichen Datenpakete war allerdings nicht nur äußerst zeitaufwändig, sondern auch methodisch unbefriedigend, da einige KBA-Bestandsmerkmale (insbesondere Emissions- und Größenklassen) nur durch Schätzungen in die korrespondierenden Merkmale von TREMOD übersetzt werden konnten. So blieb die Notwendigkeit erhalten, die unbefriedigende Situation bezüglich der Aufteilung der Straßenverkehrsemissionen zu verbessern. In 2014 gelang es dann, das IFEU-Institut dazu zu gewinnen, in ihrem TREMOD Modell eine Schnittstelle zu generieren, die das „Ausspielen“ der TREMOD-Daten nach Wirtschaftszweigen ermöglicht. Anders ausgedrückt, die TREMOD-Datenbank, die der UGR zur Verfügung gestellt wird, weist nun das zusätzliche Merkmal „Wirtschaftszweige“ auf.

Die in 2014 begonnene Kooperation mit dem IFEU ist durchgängig als positiv zu werten, da (1) die Datensituation entscheidend verbessert wird und (2) insgesamt eine Kostenreduktion zu verzeichnen ist, da keine Bestandsdaten vom KBA mehr erworben werden müssen. Der vielleicht wichtigste positive Effekt der intensiven Kooperation mit dem IFEU Institut ist aber eine erreichte weitgehende Kohärenz mit den Veröffentlichungen des Umweltbundesamtes sowie die Partizipation am Stand der Technik bezüglich des Straßenverkehrs und dessen Emissionen.

Dr. Joachim Thomas, Tel.: +49-(0)611 / 75 26 90, E-Mail: joachim.thomas@destatis.de

Einführung des Merkmals „Auftragsbestand“ im Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe

Mit dem „Monatsbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden“ werden monatlich wichtige Eckzahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Industrie in Deutschland erhoben. Zusammen mit der monatlichen Produktionsstatistik dienen die Daten des Monatsberichts zur Berechnung von zentralen Konjunkturindikatoren wie dem Auftragseingangs-, Produktions- und Umsatzindex. Der Monatsbericht wird bei allen Industriebetrieben mit mindestens 50 tätigen Personen erhoben und umfasst Merkmale zur Zahl der tätigen Personen, zum Umsatz, Auftragseingang, den geleisteten Arbeitsstunden und den Entgelten – wobei nicht alle Merkmale in allen Wirtschaftszweigen erfasst werden.

Seit Januar 2014 wird im Monatsbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes das neue Merkmal „Auftragsbestand“ erhoben. Mit dem Auftragsbestand, als Indikator der noch nicht erledigten Aufträge, kann das Ausmaß der konjunkturellen Dynamik besser eingeschätzt werden. Während der Wirtschaftskrise 2008/2009 hat sich gezeigt, dass Aufträge zwar erteilt, im Nachhinein aber in großem Umfang storniert wurden – allerdings fehlten verlässliche Daten zu dieser Entwicklung. Umfangreiche Stornierungen können ein Indiz für eine konjunkturelle Abschwächung sein, während umgekehrt zunehmende Auftragsbestände ein Signal für eine positive Konjunkturentwicklung darstellen. Die Erweiterung der bestehenden Konjunkturindikatoren um den Auftragsbestand ist notwendig, um ein vollständiges und in sich konsistenteres Indikatorenset zur zeitnahen Beurteilung der konjunkturellen Lage bereitstellen zu können.

¹ Die EU-Verordnung zum Luftemissionsreporting verlangt eine Aufgliederung der Emissionen nach Wirtschaftszweigen nach der C*64 Aggregationsstufe der Wirtschaftszweigklassifikation NACE (Nomenclature statistique des activités économiques dans la Communauté Européenne)

Der Auftragsbestand auf betrieblicher Ebene stellt auch für die Unternehmen eine wichtige Planungsgröße dar, die in den Geschäftsberichten häufig als vorausschauende Information zur Entwicklung des Unternehmens kommuniziert wird. Im Monatsbericht für die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes wird der Auftragsbestand gegliedert nach Aufträgen aus dem Inland und aus dem Ausland erfragt.

Für die Abgrenzung der Auftragsbestände gelten unter anderem folgende Definitionen:

- Der Auftragsbestand umfasst die Summe der Auftragseingänge am Ende des Monats, die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu Umsätzen geführt haben und die nicht storniert worden sind.
- Es sollen nur vorliegende, fest akzeptierte, noch nicht ausgeführte Aufträge berücksichtigt werden.
- Im Monatsbericht angefallene Stornierungen von Aufträgen aus früheren Monaten sind in der aktuellen Meldung vom Auftragsbestand abzuziehen.
- Umsatzsteuer und sofort gewährte Rabatte sollen abgezogen werden.
- Großaufträge, deren Fertigung mehrere Monatsmonate betreffen, sollten mit dem noch nicht erbrachten Wert (also dem noch nicht umsatzwirksamen Teil) des Auftrags im Auftragsbestand enthalten sein.

Der Auftragsbestand wird – wie der Auftragseingang – nur für ausgewählte Wirtschaftszweige erhoben. Für die Erhebung und die monatliche Aufbereitung der Daten sind die Statistischen Landesämter zuständig, während die methodische Vorbereitung und Weiterentwicklung der Statistik sowie die Zusammenführung der Länderergebnisse zu einem Bundesergebnis und dessen Veröffentlichung im Statistischen Bundesamt erfolgt.

Die Daten zum „Auftragsbestand“ sollen in erster Linie in einen Auftragsbestandsindex für Deutschland eingehen, der grundsätzlich nach der gleichen Methodik und Gliederung wie die bestehenden Auftragseingangs- und Umsatzindizes berechnet wird. Dabei handelt es sich um Wert- und Volumenindizes mit einem für jeweils fünf Jahre fixiertem Basisjahr, für welche saison- und arbeitstäglich bereinigte Monatsergebnisse verfügbar sind. Wegen der für die Saisonbereinigung erforderlichen Historie kann ein solcher Auftragsbestandsindex frühestens mit Umstellung der Indizes auf das Basisjahr 2015 eingeführt werden, welche frühestens zur Jahresmitte 2017 erfolgt.

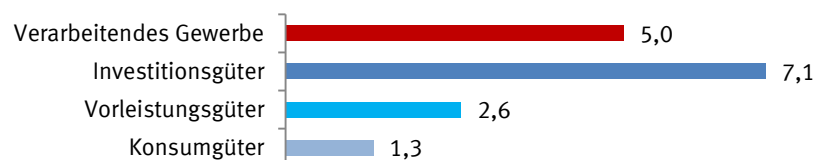
Bis es soweit ist, ist eine monatliche Veröffentlichung von Veränderungsraten der Auftragsbestandssumme in der deutschen Industrie geplant. Hier wird auf die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat abgestellt, die weniger durch saisonale Einflüsse geprägt ist als die Veränderung gegenüber dem Vormonat. Da es in den verschiedenen Wirtschaftszweigen große Unterschiede in der Entwicklung des Auftragsbestands gibt, werden die Ergebnisse nach Wirtschaftszweigen gegliedert.

Weiterhin werden so genannte Reichweiten der Auftragsbestände in den Wirtschaftszweigen berechnet, welche sich aus dem Verhältnis zwischen Auftragsbestandssumme und Umsatzsumme der Branche ergeben. Damit liefern die Daten zum Auftragsbestand nicht nur Daten zur kurzfristigen Konjunkturbeobachtung, sondern auch über die Industriestruktur in Deutschland. Der Quotient aus Auftragsbestand und Umsatz kann als „Reichweite der Auftragsbestände in Monaten“ interpretiert werden. Die Reichweite gibt an, wie viele Monate der Betrieb bei gleichbleibendem Umsatz ohne neue Auftragseingänge und ohne Stornierungen produzieren könnte oder müsste, um die vorhandene Nachfrage abzarbeiten. Um den Einfluss unterjähriger Umsatzschwankungen auf die Reichweite zu eliminieren, wird für den Umsatz ein gleitender 12-Monatsdurchschnitt der Umsatzsumme der Branche eingesetzt. In der folgenden Grafik sind

Reichweiten der Auftragsbestände für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt¹ und für industrielle Hauptgruppen im Januar 2015 angegeben.

Reichweite der Auftragsbestände im April 2015 in Monaten

(Auftragsbestand, bezogen auf gleitenden 12-Monatsdurchschnitt des Umsatzes)



Die Ergebnisse zum Auftragsbestand werden ab Berichtsmonat April 2015 unter www.destatis.de im Themenbereich „Industrie, Verarbeitendes Gewerbe“ veröffentlicht.

Dr. Stefan Linz, Tel.: +49-(0)611 / 75 44 75, E-Mail: stefan.linz@destatis.de

MUSE – ein neuer Baustein der elektronischen Todesursachenstatistik

Ausgangslage und Hintergrund

Die Todesursachenstatistik ist die Grundlage zur Ermittlung wichtiger Gesundheitsindikatoren wie Sterbeziffern, verlorene Lebensjahre und vermeidbare Sterbefälle. Hierfür werden die Todesursachen aller Verstorbenen erfasst und nach der einheitlichen Systematik der ICD-10 (Internationale Statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme) signiert². Das sogenannte Grundleiden fließt in die Todesursachenstatistik des Bundes und der Länder ein.

Zugleich werden Qualität und Aussagekraft dieser Statistik kritisch hinterfragt:

Fehlerhaft oder unvollständig ausgefüllte Todesbescheinigungen sind nur eingeschränkt aussagekräftig über die für die Todesursachenstatistik benötigten Angaben.

Die manuelle Datenaufbereitung der komplexen Sachverhalte kann zu Verzerrungen der Statistik führen, da das Regelwerk der ICD-10 sehr umfangreich ist und langjährige Einarbeitungszeiten der Signierfachkräfte in den Statistischen Landesämtern erfordert.

Die mit der Auswahl des Grundleidens verbundene Informationsreduktion lässt weitergehende Auswertungen wichtiger medizinischer Angaben der Todesbescheinigungen nicht zu.

Arbeitsweise der Software MUSE

Die „Multicausal and Unicausal Selection Engine“ (MUSE) ist eine Software, die vom Statistischen Bundesamt entwickelt wurde, und von Statistischen Landesämtern zur standardisierten elektronischen Datenaufbereitung von Todesbescheinigungen verwendet wird.³

¹ Die Bezeichnung „Verarbeitendes Gewerbe“ bezieht sich hier nur auf die ausgewählten 12 Wirtschaftszweige, für die Auftragsbestand und Auftragseingang erhoben werden.

² Siehe <http://www.dimdi.de/static/de/klassi/icd-10-who/index.htm>

³ Weitere Information zu MUSE beim Iris Institut: <https://www.dimdi.de/static/en/klassi/irisinstitute/about-iris/poster-q2014-muse.pdf>

MUSE ist die Umsetzung des textlichen ICD-10-Regelwerks in ein benutzerfreundliches Softwareprogramm. Durch die intuitive und innovative Benutzeroberfläche sind auch komplexe Entscheidungen und Prüfungen für die Signierfachkräfte der Statistischen Landesämter höchst transparent und nachvollziehbar.

Abbildung 1 zeigt einen Ausschnitt aus der MUSE-Benutzeroberfläche: Angezeigt werden sowohl die ärztlicherseits dokumentierten Diagnosen mit Zeitangaben als auch die ermittelten multikausalen ICD-10-Kodes (in blau). Beispielsweise wird in Teil II die Diagnose **pAVK** (= periphere arterielle Verschlusskrankheit), die 20 Jahre (**20J**) vor dem Tod erstmals festgestellt wurde, mit dem ICD-10-Kode **I702** kodiert.

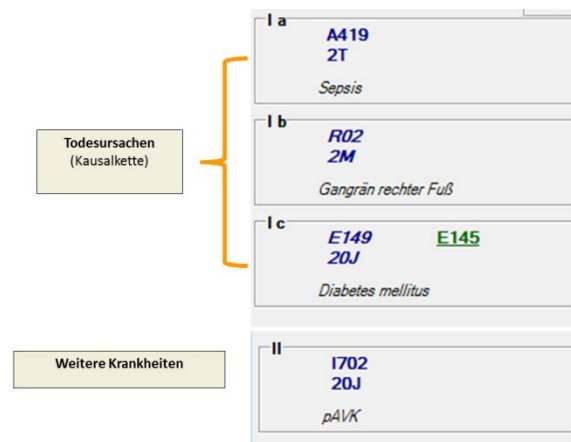


Abbildung 1: Ausschnitt MUSE-Benutzeroberfläche mit Erläuterungen

Der MUSE-Algorithmus ermittelt streng nach dem Regelwerk der ICD-10 das Grundleiden des Todesfalles. Anhand des Signierprotokolls (Abbildung 2) kann die Signierfachkraft die Abfolge der Prüfungen und Entscheidungen nachvollziehen. Hier wird im ersten Prüfschritt (sogenannte Grundregel G) die Diagnose Diabetes mellitus (**E149**) als vorläufiges Grundleiden ausgewählt. Der Prüfschritt C bezieht weitere Diagnosen der Todesbescheinigung ein. Das Gangrän (**R02**) oder die periphere arterielle Verschlusskrankheiten (**I702**) sind sogenannte vaskuläre Komplikationen der Zuckerkrankheit. Daher wird der Code **E149** modifiziert und als „finales“ Grundleiden der Kombinationskode **E145** gewählt.

Nr	Regel	UC	?	Meldung
1				START DER SELEKTION: A419(2T)/R02(2M)/E149(20J)*I702(20J)
2	G			(+) E149 ist Ursache für die anderen Kodes in Teil II!
3		E149		Auswahl: E149 =Nicht näher bezeichneter Diabetes mellitus: Ohne Komplikationen (06.02.1993 00:00:00)
4	C			(+) Zusammenführung: Ersetzen von E149(20Jahre) und R02(2Monate) durch E145 (TU aus Teil I bevorzugt)
5		E145		Auswahl: E145 =Nicht näher bezeichneter Diabetes mellitus: Mit peripheren vaskulären Komplikationen

Abbildung 2: MUSE Signierprotokoll

Qualitätsgewinn durch vollumfängliche Nutzung von MUSE

Im Idealfall wird der Endpunkt der sogenannten Kausalkette der Todesursachen (im obigen Beispiel Diabetes mellitus) als Grundleiden für die Todesursachenstatistik ausgewählt. Analysen von mehr als 67.000 Todesbescheinigungen zeigen aber, dass der Algorithmus in ca. 56 % der Todesbescheinigungen das Grundleiden modifiziert. Prüfschritte, die zu Modifikationen führen, erfordern ein profundes medizinisches Wissen. Wegen des hohen Prozentsatzes von Modifikationen ist es für die Qualität der Todesursachenstatistik unerlässlich, dass MUSE von den Statistischen Landesämtern vollumfänglich verwendet und die bisher vielfach übliche manuelle Signierung abgelöst wird. Die Entscheidungen von MUSE basieren auf einer international abgestimmten medizinischen Wissensdatenbank der Mortalitätsstatistik mit ca. 180.000 Detailanweisungen.

Auch können je nach Qualität der Datenlieferungen 50 – 70 % der Todesbescheinigungen automatisiert signiert werden (ohne weitere Prüfungen oder Korrektur von Textfehlern).

Informationsgewinn durch multikausale Auswertungen

Am Beispiel der Todesursache Sepsis werden Potenziale multikausaler Auswertungen skizziert: Bei lediglich 0,7 % der Todesfälle des erwähnten Datenbestandes wird Sepsis¹ als Grundleiden signiert. Stattdessen gehen – trotz der Erwähnung von Sepsis – meistens andere Krankheiten,

¹ ICD-10-Definition der Sepsis entsprechend Tabelle 1 auf Seite 61 der Deutsche Kodierrichtlinien 2015 (abrufbar unter <http://www.g-drg.de>)

wie Pneumonie oder Diabetes mellitus mit vaskulären Komplikationen (siehe obiges Beispiel), in die unikausale Todesursachenstatistik ein. Bei einer multikausalen Betrachtungsweise, also der Einbeziehung aller Diagnosen, ergibt sich ein deutlich anderes Bild: Bei 5.1 % der einbezogenen Todesbescheinigungen ist eine „Sepsis“ als Todesursache angegeben.

Voraussetzung: Elektronische Erfassung von Todesbescheinigungen

Am Stichtag 15.5.2015 setzen vier Statistische Landesämter das elektronische Kodiersystem Iris mit dem Kodierkern MUSE vollumfänglich ein (d.h. für die Bearbeitung der elektronischen Datenlieferungen aller Gesundheitsämter des Landes). Da die meisten deutschen Gesundheitsämter derzeit der elektronischen Lieferpflicht noch nicht nachkommen, ist die elektronische Weiterverarbeitung ihrer Todesbescheinigungen nicht möglich.¹ In einzelnen Ländern sind ministerielle Erlasse noch nicht an die Erfordernisse des bundesweit bindenden Bundesstatistikgesetzes angepasst worden.²

Die deutschen Gesundheitsämter können mehrere Softwareprodukte zur elektronischen Erfassung und sicheren Datenübermittlung nutzen, die die Anforderungen des elektronischen Meldeverfahrens eSTATISTIK.core umsetzen. Neben Softwaremodulen, die in die Informationssysteme der Gesundheitsämter gut integriert und langjährig bewährt sind, stellt das Statistische Bundesamt für den schnellen Einstieg die Erfassungsoftware CORE.reporter bereit.³

Fazit

MUSE und die zugrundeliegende Wissensdatenbank werden in internationaler Kooperation kontinuierlich weiterentwickelt. Durch die vollumfängliche Nutzung von MUSE stellen Statistische Landesämter sicher, dass das aktuelle medizinische Wissen für die Signierung von Todesbescheinigungen genutzt wird.

Bei der derzeitigen methodisch uneinheitlichen Vorgehensweise (manuelle und elektronisch unterstützte Signierung) sind negative Effekte auf die Qualität anzunehmen. Daher sollten sämtliche Statistischen Landesämter – sofern nicht geschehen – schnellstmöglich auf die mehrjährig bewährte elektronisch unterstützte Signierung mit Iris und MUSE wechseln.

Nach dem Umstieg auf die elektronische Signierung ist eine Verbesserung von Qualität, Aussagekraft und Informationsangebot der Todesursachenstatistik zu erwarten.

Dr. Olaf Eckert, Tel.: +49 (0)228 / 99643-8176, E-Mail: olaf.eckert@destatis.de

Anteilige Modellrechnung zur Darstellung der integrierten Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

Hintergrund

Die Verlagerung von öffentlichen Aufgaben auf Einheiten außerhalb der Kernverwaltung stellt die Finanz- und Personalstatistiken vor neue Herausforderungen. Durch die Aufgabenverlagerung aus den kommunalen Kernhaushalten in öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU) wie beispielsweise Eigenbetriebe, Zweckverbände oder öffentliche Unternehmen in privater Rechtsform, müssen für ein finanzstatistisches Gesamtbild der Gemeinden und Gemeinde-

¹ Elektron. Lieferpflicht seit 1.8.2013 laut § 11a Bundesstatistikgesetz vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S.2749) geändert wurde

² Z.B. gilt in NRW der RdErl. d. Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie v. 25.7.2003 „Todesbescheinigung“, der in Abschnitt 4 die „papierbasierte“ Übermittlung vorschreibt (zuletzt abgerufen am 15.5.2015 unter <https://recht.nrw.de>)

³ Siehe <https://erhebungsportal.estatistik.de/Erhebungsportal/>

verbände die Schuldenstände der Kernhaushalte mit denen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen zusammengeführt werden.

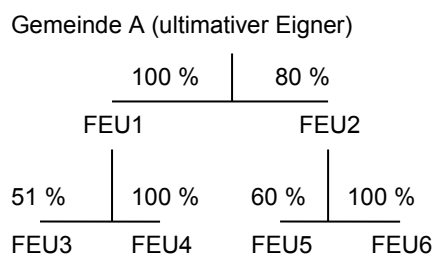
Im Rahmen der jährlichen Schuldenstatistik werden neben den Schulden der Kernhaushalte auch die Schulden aller Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die überwiegend öffentlich bestimmt sind, erhoben.¹ Die Abgrenzung des Schuldenstandes umfasst i.d.R. die Kassenkredite und Kredite beim nicht-öffentlichen Bereich sowie die Wertpapierschulden. Die methodische Herausforderung stellt die Zurechnung der Schulden der FEU auf die Gemeindekernhaushalte dar.

In den Standardveröffentlichungen der Statistischen Ämter der Länder werden auf kommunaler Ebene die Schulden von öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen nur teilweise einbezogen. Die Zuordnung folgt hierbei dem Prinzip der Sitzgemeinde. Da an öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen auch mehrere Gemeinden/Gemeindeverbände beteiligt sein können, führt diese Darstellung zu Verzerrungen. Auch eine Zurechnung der Schulden von länderübergreifenden FEUs ist im einzelnen Statistischen Landesamt nicht möglich.

Methodischer Ansatz

Die anteilige Modellrechnung ist ein bundeslandübergreifender Ansatz, der damit die adäquate Zurechnung der Schulden der länderübergreifenden FEUs ermöglicht, und die Verschuldung der FEUs auf einzelne Gemeinden herunterbricht. Herzstück des Verfahrens der anteiligen Modellrechnung ist die Kombination der Beteiligungsdatei² (inklusive der hinterlegten Eignerstrukturen der FEUs) mit den Ergebnisdaten der jährlichen Schuldenstatistik.

Die kommunalen Beteiligungen werden als Konzernstruktur auf Basis der Beteiligungsdatei abgebildet. Der kommunale Kernhaushalt bildet dabei den sogenannten ultimativen Eigner, dem die Schulden derjenigen FEUs an denen er mittelbar oder unmittelbar beteiligt ist, anteilig zugerechnet wird.



In einem ersten Schritt werden die unmittelbaren Beteiligungen identifiziert (im Beispiel FEU1 und FEU2).

Eigner	FEU*)	Anteil	Eignerstatus: Verhältnis zum ultimativen Eigner
Gemeinde A	FEU1	100	Unmittelbar
Gemeinde A	FEU2	80	Unmittelbar
FEU1	FEU3	51	Mittelbar
FEU1	FEU4	100	Mittelbar
FEU2	FEU5	60	Mittelbar
FEU2	FEU6	100	Mittelbar

*) öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

¹ Siehe FPStatG § 5 Nummer i.V.m. §2 FPStatG.

² Die Beteiligungsdatei ist ein zentrales Element des Berichtskreismanagements der Finanz- und Personalstatistiken und wird von den Statistischen Ämtern der Länder und des Bundes gepflegt.

Der zweite Schritt besteht in der Zuordnung der mittelbaren Beteiligungen zum ultimativen Eigner. Dies erfolgt über die statistikspezifischen Identifikatoren, indem die mittelbaren Beteiligungen den im ersten Schritt ermittelten unmittelbaren Beteiligungen zugeordnet werden.

Bei der anteiligen Modellrechnung für den interkommunalen Vergleich der Schulden werden die Finanzdaten anhand der durchgerechneten Stimmrechtsanteile aufgeteilt. Auf Basis der gebildeten Eignerkette wird für die mittelbaren Beteiligungen die durchgerechnete Beteiligung zwischen Kernhaushalt (ultimativer Eigner) und Berichtseinheit (FEU) ermittelt.

Für die unmittelbaren Beteiligungen entspricht der durchgerechnete Anteil dem Anteil des Kernhaushalts an der Berichtseinheit. Für die mittelbaren Beteiligungen werden für die durchgerechneten Stimmrechtsanteile die Stimmrechtsanteile entlang der gebildeten Eignerkette multipliziert.

Ultimativer Eigner	Ebene0	Ebene1	FEU*)	Durchgerechneter Stimmrechtsanteil
Gemeinde A	FEU1	-	FEU1	100 %
Gemeinde A	FEU1	FEU3	FEU3	$100 * 51 / 100 = 51 \%$
Gemeinde A	FEU1	FEU4	FEU4	$100 * 100 / 100 = 100 \%$
Gemeinde A	FEU2	-	FEU2	80 %
Gemeinde A	FEU2	FEU5	FEU5	$80 * 60 / 100 = 48 \%$
Gemeinde A	FEU2	FEU6	FEU6	$80 * 100 / 100 = 80 \%$

*) öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

In einem letzten Schritt werden diese Strukturen mit den gemeldeten Schuldenvolumen kombiniert und ergeben einen integrierten Ausweis der Schulden auf kommunaler Ebene.

Erste Anwendung des Verfahrens

Für den Schuldenstand 2012 wurden diese Berechnungen durchgeführt, den Statistischen Ämtern der Länder zur Verfügung gestellt und aktuell im Rahmen einer Bund-Länder-Veröffentlichung („Integrierte Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände 2012“) als Publikation unter www.destatis.de veröffentlicht.

Abbildung 3: Auszug aus der Veröffentlichung Integrierte Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände 2012⁴

Tabelle 1: Schulden der kommunalen Ebene beim nicht öffentlichen Bereich am 31.12.2012 in Schleswig-Holstein nach Höhe der Beteiligung des Kernhaushalts an öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

Regionalschlüssel	Gemeinde/ Gemeindeverband	Verwaltungsform ¹	Einwohner am 30.6.2012 ²	Schulden des öffentlichen Bereichs insgesamt	Schulden je Einwohner	Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts						Anteilige Schulden der sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen ³						
						zusammen	Schulden des Kernhaushalts	anteilige Schulden der Extrahaushalte ²			zusammen	davon Beteiligungen des Kernhaushalts von ...			zusammen	davon Beteiligungen des Kernhaushalts von ...		
								100%	50% bis unter 100%	unter 50%		100%	50% bis unter 100%	unter 50%				
																EUR	EUR	EUR
*010010000000	Flensburg, Stadt	Kreisfreie Stadt	82.835	439.847.858	5.310	334.416.522	110.119.663	224.296.859	222.878.855	1.140.654	277.350	105.431.336	76.562.283	127.710	28.741.343			
*010020000000	Kiel, Landeshauptstadt	Kreisfreie Stadt	237.906	821.234.577	3.452	544.769.004	535.939.631	8.769.373	7.925.440	717.724	126.210	276.525.573	165.467.673	8.288.330	102.769.570			
*010030000000	Lübeck, Hansestadt	Kreisfreie Stadt	211.212	1.288.728.735	6.102	630.039.703	684.578.058	5.521.651	4.814.854	4.126	702.671	598.629.027	221.605.913	324.487.639	52.535.474			
*010040000000	Neumünster, Stadt	Kreisfreie Stadt	77.223	332.367.387	4.304	157.241.939	154.839.231	2.402.768	2.402.768	-	-	175.125.368	113.545.213	61.580.175				
*01051	Dithmarschen	Kreis	X	111.060.125	X	85.979.935	85.979.935	-	-	-	-	25.080.130	25.080.130	-				
*010510011011	Brunsbüchel, Stadt	Stadt	12.750	26.680.582	2.093	4.741.103	4.741.103	-	-	-	-	21.939.479	16.394.659	5.554.820				

Henry Mailahn, Tel.: +49-(0)611 / 75 41 86, E-Mail: henry.mailahn@destatis.de

Patrizia Mödinger, Tel.: +49-(0)611 / 75 41 18, E-Mail: patrizia.moedinger@destatis.de

Simone Scharfe, Tel.: +49-(0)611 / 75 46 93, E-Mail: simone.scharfe@destatis.de

Veranstaltungen

Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen haben Projekt zur Rohstoffnutzung erfolgreich abgeschlossen

Rohstoffe sind Materialien, die direkt aus der Biosphäre entnommen werden können. Sie können endlich sein wie Erdöl, Erze oder so alltägliche Dinge wie Kies oder auch sich regelmäßig erneuern, wie Holz oder Fische.

Die Bundesregierung spricht sich in allen Fällen dafür aus, diese Rohstoffe sparsam und effizient zu nutzen. Aber wie kann die hierfür notwendige Messung der Rohstoffnutzung eigentlich erfolgen? Nicht alle in Deutschland benötigten Rohstoffe werden auch hier abgebaut, sondern sie werden importiert. Oftmals werden Rohstoffe bereits im Ausland weiterverarbeitet und somit nur indirekt in Form der unterschiedlichsten Produkte nach Deutschland eingeführt. Wie kann man diesen Rohstoffeinsatz im Ausland ermitteln und wofür sind die Rohstoffe letztlich eingesetzt worden: Für die Deckung von Konsum- oder Investitionsbedürfnissen? Und in welchem Umfang werden sie (wieder) ausgeführt?

Wenn diese Massenströme bekannt sind, wie sind sie zu interpretieren und welche anderen ökonomischen Kennziffern können sinnvoll hierzu in Bezug gesetzt werden? Um diese Fragen zu klären, haben die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen in Bonn und Wiesbaden zusammen mit dem Umweltbundesamt und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit das mehrjährige Projekt „Evaluierung des Ressourcenverbrauches, Ursachenanalyse und Entwicklung von Indikatoren auf Makro- und Mesoebene“ durchgeführt.

Am Dienstag den 28. Oktober 2014 fand im i-Punkt Forum in Berlin die Projektabschlussveranstaltung statt. Im Beisein von zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern aus den relevanten Ressorts: Bau, Umwelt und Wirtschaft, des Umweltbundesamtes, weiterer nachgeordneter Behörden sowie Forschungseinrichtungen wurden Detailfragen der Methodik zur Schätzung der Rohstoffverwendung diskutiert, die Aussagekraft einzelner Indikatoren erläutert und auch numerische Ergebnisse vorgestellt. Ein ausführlicher Projektbericht sowie ein umfangreicher Tabellenband sind, abgestimmt mit dem Umweltbundesamt, in Vorbereitung. Teilergebnisse fanden bereits Eingang in den [Indikatorenbericht](#) zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland, in die [Indikatoren zu Umwelt und Ökonomie](#) und in den im Dezember 2014 erschienenen [Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen](#).

Im Hinblick auf die derzeit stattfindende Überarbeitung des Deutschen Ressourceneffizienzprogrammes (ProgRes) sind die Projektergebnisse aber nicht nur national von Bedeutung. Auch auf europäischer Ebene ist das Interesse an den Erkenntnissen der deutschen Umweltökonomischen Gesamtrechnungen hoch. Mehrere Generaldirektionen der Kommission haben bereits im Rahmen der Strategie Europa 2020 und der Ökologisierung des Europäischen Semesters ihren Beratungsbedarf angemeldet. Auch über das Projektende hinaus werden die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen im Rahmen der gegebenen Ressourcen die Methodenentwicklung im Bereich der Rohstoffrechnungen vorantreiben und Ergebnisse bereitstellen.

Sven Kaumanns, Tel: +49(0) 228 / 99 643 8555, E-Mail: sven.kaumanns@destatis.de

8. Nutzerkonferenz „Forschen mit dem Mikrozensus“ – Analysen zur Sozialstruktur und zum sozialen Wandel

Die 8. Mikrozensus- Nutzerkonferenz am 11./12. November 2014 in Mannheim wurde gemeinsam vom German Microdata Lab (GML) der GESIS, dem Statistischen Bundesamt (Referat F203 „Haushalte und Familie“) und den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder veranstaltet. Generell wenden sich die Nutzerkonferenzen an Forscher/-innen, die mit den Daten des Mikrozensus arbeiten oder daran interessiert sind. Neben der Präsentation und Diskussion der auf Basis dieser amtlichen Daten gewonnenen Forschungsergebnisse, fördern sie den Erfahrungsaustausch der Datennutzer/-innen untereinander und mit den statistischen Ämtern als Datenproduzenten.

An der 8. Nutzerkonferenz nahmen 70 Personen teil. In 7 Sitzungen wurden insgesamt 22 Vorträge präsentiert. Diese behandelten beispielsweise die Arbeitssuche atypisch Beschäftigter, den Fachkräftemangel, die Arbeitspräferenzen von Müttern, die Einkommenssituation Selbstständiger und weitere Aspekte der Arbeitsmarktbeteiligung verschiedener Teilgruppen. Neben den thematischen Schwerpunkten „Arbeitsmarkt“ und „Soziale Ungleichheit“ beschäftigten sich weitere Vorträge unter anderem mit Partnerwahl, Bildungsbeteiligung und migrationsspezifischen Fragen sowie mit methodischen Aspekten und der Datenqualität. Ein Novum der 8. Nutzerkonferenz war der abschließende, eigene Themenblock zu aktuellen Entwicklungen in der amtlichen Statistik. Das komplette Programm und sämtliche Präsentationen der Nutzerkonferenz sind im Veranstaltungsarchiv des GML der GESIS im Internet zugänglich unter <http://www.gesis.org/veranstaltungen/veranstaltungs-archiv/german-microdata-lab/>

Insgesamt verdeutlichte die Veranstaltung erneut die herausragende Bedeutung, die der Mikrozensus und die darin integrierte Arbeitskräfteerhebung für die sozialwissenschaftliche Forschung in Deutschland besitzen. Insbesondere der hohe Auswahlsatz, die thematische Breite sowie die zeitliche Kontinuität machen den Mikrozensus, die größte jährliche Haushaltsbefragung in Europa, für die Sozialwissenschaft zu einer unverzichtbaren Datenquelle.

Thomas Haustein, Tel.: +49 (0)611/75 81 34, E-Mail: thomas.haustein@destatis.de

Human Resources – Qualitätsaspekte der Ausbildung in der empirischen Forschung

Am 18. und 19. Juni 2015 fand im Gerhard-Fürst-Saal des Statistischen Bundesamtes eine wissenschaftliche Fachtagung zum Thema „Human Resources – Qualitätsaspekte der Ausbildung in der empirischen Forschung“ statt.

„Das Spektrum der Berufs- und Studienabschlüsse, aus dem sich Nachwuchskräfte rekrutieren, ist heute deutlich breiter geworden als in der Vergangenheit, u. a. durch die Aufteilung der Hochschulabschlüsse in Bachelor und Master“, leitete Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Direktorin beim Statistischen Bundesamt, im Rahmen der Begrüßung in die Thematik ein.

„Amtliche Statistik und Marktforschung profitieren zusätzlich von der qualitativ ausgezeichneten Ausbildung zum bzw. zur Fachangestellten für Markt- und Sozialforschung (FAMS)“ erläuterte Frau von Oppeln-Bronikowski. Sie dankte insbesondere Professor Dr. Frank Faulbaum, dem Vorstandsvorsitzenden der ASI, für die Bereitschaft, die Moderation der zweitägigen Veranstaltung sowie das Eröffnungsreferat zum Thema „Battle of talents“ zu übernehmen.

Prof. Faulbaum führte aus, „dass sich der Wettbewerb der Talente in Richtung eines Wettbewerbs der Ausbildungsgänge, der Hochschulen und damit der Qualität der Abschlüsse verschiebt. In

den Ausbildungsgängen sollten die Aspekte der technologischen Entwicklungen, der wachsender Internationalisierung und Interkulturalität nicht vergessen werden.“

Die inzwischen 11. wissenschaftliche Tagung informierte über verschiedenste Aspekte dieser neuen Entwicklungen und wurde vom Statistischen Bundesamt zusammen mit

dem [Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. \(ADM\)](#) und der [Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. \(ASI\)](#) veranstaltet.

Aus dem Statistischen Bundesamt waren Sabine Köhler und Christian Bertram mit dem Vortrag „Fortbildung in der amtlichen Statistik“ beteiligt.

Die etablierte Reihe gemeinsamer wissenschaftlicher Tagungen beleuchtet Themenfelder, die für Marktforscher, Sozialwissenschaftler und amtliche Statistik gleichermaßen von Interesse sind. Sie bildet eine Basis für einen intensiven, persönlichen Informations- und Erfahrungsaustausch aller Beteiligten.

Das Programm und die Kurzfassungen der Referate sowie Informationen zu den Vortragenden finden Sie im [Internet-Veranstaltungskalender](#). Der Tagungsband mit den Langfassungen der Beiträge wird im Rahmen der ASI-Schriftenreihe im Springer-VS-Verlag in gedruckter Fassung und als E-Book erscheinen.

Weblinks

[Human Resources: Qualitätsaspekte der Ausbildung in der empirischen Forschung](#)

[Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. \(ADM\)](#)

[Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. \(ASI\)](#)

Marco Schwickerath, Tel.: +49 (0)611/75 38 89, E-Mail: marco.schwickerath@destatis.de

Der Mikrozensus als Datenquelle für die empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung: Einführung in die Arbeitsmarktanalyse und das Arbeiten mit den Daten, 24. – 25. September 2015

Der Mikrozensus als größte laufende Haushaltsstichprobe in Deutschland steht der Wissenschaft u.a. als 70 %-Substichprobe (Scientific Use File) für Forschungsvorhaben zur Verfügung. Der Schwerpunkt des Fragenprogramms liegt auf soziodemographischen, sozioökonomischen und erwerbsstatistischen Merkmalen.

Ziel der Veranstaltung ist es, grundlegende Kenntnisse in Bezug auf das Arbeiten mit den Daten sowie einen Überblick über die Besonderheiten und Analysemöglichkeiten des Mikrozensus zu vermitteln. Im Zentrum stehen Fragen der Arbeitsmarktanalyse. Am ersten Tag werden Fachvorträge über die Konzeption, das Erhebungsdesign und Themenschwerpunkte des Mikrozensus angeboten. Darauf aufbauend werden diese Themen am zweiten Tag in praktischen Übungen vertiefend behandelt. Dabei werden die Statistik-Programme SPSS und Stata verwendet. Von den Teilnehmern der Übungen werden gute Kenntnisse des Syntax-gesteuerten Arbeitens erwartet.

Die Veranstaltung wird von GESIS in enger Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt durchgeführt.

Veranstaltungsort: GESIS, Mannheim

Teilnahmebeitrag: € 80 (Studenten € 60)

Teilnehmerzahl: max. 15

Interessenten werden gebeten, sich bis Ende August anzumelden, inkl. der Angabe, ob sie SPSS oder Stata bevorzugen. Ein Anmeldeformular steht unter der Adresse <http://www.gesis.org/veranstaltungen/gesis-workshops/> zur Verfügung.

Kontakt:

Andreas Herwig
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
German Microdata Lab (GML)
Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
E-Mail: andreas.herwig@gesis.org

Thomas Haustein, Tel.: +49 (0)611/75 81 34, E-Mail: thomas.haustein@destatis.de